

Die Macht der bösen Zahl

Um 40 Prozent sollen die Gaspreise steigen. Ein Wettlauf der Populisten hat begonnen, sie versprechen mehr Netto. Doch jede Entlastung wird wohl bald von steigenden Energiekosten aufgefressen. Das könnte die Deutschen wieder mit der Kernkraft versöhnen.

Russland hat eine Mauer gebaut. Es schottet sich ab von einem verarmten, verachteten Westen, der abhängig ist vom russischen Gas. Das eigene Volk lebt im Wohlstand, wird aber brutal unterdrückt. Russland ist zu feudalen Strukturen zurückgekehrt. Engster Partner ist ein Hightech-China, das sich längst Boeing einverleibt hat. Europa wird in Angst gehalten, dass der Gashahn abgeriegelt werden könnte und die Lichter ausgehen. In einem Spottvers heißt es: "Hat sich was Europa-Exxon!/Klappe zu und Affe tot!"

Das ist die Welt im Jahr 2027, wie sie sich der russische Schriftsteller Vladimir Sorokin in seinem düsteren Roman "Der Tag des Opritschniks" ausmalt. Es ist ein Blick in die Zukunft, der so utopisch nicht mehr wirkt, seitdem eine neue Zahl in der Welt ist: Die Gaspreise könnten noch einmal um 40 Prozent steigen, hat am Sonntag vorvergänger Woche der Parlamentarische Staatssekretär im Umweltministerium, Michael Müller, angekündigt.

Es gibt Zahlen, die verändern in der Politik alles. Die 40 Prozent haben in der vorigen Woche beinahe jedes politische Gespräch beherrscht. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Montag mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy über diese Zahl geredet, am Dienstag mit dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush, am Mittwoch mit ihren deutschen Kollegen im Koalitionsausschuss.

Auch künftig werden die 40 Prozent Karriere machen. Am Montag stellt die SPD-Fraktion ein Programm vor, wie sich die sozialen Folgen höherer Energiepreise abfedern lassen. Für den 22. Juni hat die Regierung von Saudi-Arabien kurzfristig zu einem Energiegipfel in Dschidda eingeladen (siehe Seite 26). Merkel kann diesen Termin nicht wahrnehmen, schickt aber Wirtschaftsminister Michael Glos hin. Die EU will das Thema auf ihrem nächsten Gipfel bereden.

Die 40 Prozent wirken so heftig, weil sie mit anderen Zahlen zusammenfallen. Am Freitag vorvergänger Woche wurde bekannt, dass die Welt 1344

Kernkraftwerke bauen müsste, um den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids auf die Hälfte des heutigen Niveaus reduzieren zu können. Diese Zahl hat die Internationale Energieagentur bei einem Treffen der Energieminister der G8 in Tokio veröffentlicht. Der deutsche Vertreter stand deshalb noch mehr als sonst unter Druck. Deutschland will bis 2022 aus der Kernenergie aussteigen.

Und noch eine Zahl treibt derzeit ihr Unwesen: Eine Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hat ergeben, dass nur noch 31 Prozent der Deutschen eine gute Meinung von der sozialen Marktwirtschaft haben. Da wirkt das Gefühl, dass der Aufschwung bei den meisten Bürgern nicht ankommt, und da wirken schon die hohen Energiepreise.

Das alles zusammen ergibt eine sehr trübe Mischung für die deutsche und die internationale Politik. Es geht um Erderwärmung, Rohstoffknappheit und soziale Abstiegsängste. Es geht darum, wie sich Energiesicherheit, Ökologie und Wohlstand für alle vereinbaren lassen. Merkel sieht darin die dramatischste Situation, die sie seit der Wende erlebt hat.

Die Frage, die sie umtreibt, heißt: Bricht gerade ein politisches Instrument weg, das ungeheuer wichtig ist? Dieses Instrument heißt Entlastung. Es sind politische Maßnahmen, durch die der Bürger spürbar mehr Geld in die Tasche bekommt. Sie sind nötig, um den Wohlstand zu erhalten oder auszubauen und den Bürger mit der Politik zu versöhnen.

Wenn demnächst, wie von der Koalition geplant, der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 3,3 auf 3 Prozent sinken sollte, spült das den Deutschen monatlich höchstens etwa acht Euro mehr in die Portemonnaies, wenig genug. Wenn der Benzinpreis weiter steigt, ist dieser kleine Zugewinn schon bei der nächsten Tankfüllung aufgefressen. Das allgemeine Gefühl, am Aufschwung nicht teilhaben zu können, wird sich so nie verlieren.

Merkel fürchtet, dass eine Entlastung nur noch für höchstens zwei Wochen als solche wahrgenommen wird. Dann kommt der Ruf nach der nächsten. Aber

so viel kann man gar nicht entlasten, wie die Energiepreise wohl steigen werden.

Sie sind bereits heftig in die Höhe geschneit. 1997 gaben die Deutschen 69 Milliarden Euro für Strom, Heizung und Kraftstoffe aus. 2007 waren es 95 Milliarden Euro, und das war ein Jahr mit einem warmen Winter. Vor allem Haushalte mit kleinem Einkommen werden durch die Energiekosten stark belastet.

Obwohl Entlastungen in ihrer Wirkung fragwürdig sind, suchen nun die Parteien nach Konzepten dafür. In der SPD-Bundestagsfraktion tauschen die Abgeordneten traurige Geschichten aus ihren Wahlkreisen aus.

"Ich kriege das schon mit, wenn ich morgens die Kinder in den Kindergarten bringe", sagt der Bonner Abgeordnete Ulrich Kelber, stellvertretender Fraktionschef der SPD, zuständig für Umwelt- und Energiefragen. "Da höre ich von vielen, dass sie die Belastung einfach nicht mehr schaffen." Schon lange sei in Bürgersprechstunden nicht mehr so viel geweint worden. "Wir müssen aufpassen, dass sich aus Frust nicht blanke Wut entwickelt."

Die Fraktionsspitze der SPD will deshalb am Montagabend darüber beraten, wie die Koalition auf die Preisexplosion reagieren soll. Es gibt eine lange Liste von Vorschlägen, die meisten kommen von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Der will bombastisch "ein Jahrhundert der Effizienz" ausrufen, das dem Jahrhundert der Verschwendung folgen müsse.

Von den Stromversorgern fordert er Sozialtarife, die ersten 500 Kilowattstunden sollen billiger sein als die weiteren. Wenn die Unternehmen nicht folgsam sind, will Gabriel sie gesetzlich dazu verpflichten. Alle Privilegien für Dienstwagen will er streichen lassen und den Mehrwertsteuersatz für Bahnfernreisen halbieren. Bei der Grundsteuer soll es Erleichterungen geben, wenn Altbauten auf Energieeffizienz getrimmt wurden.

Zudem fordert er, bei der Anpassung der Hartz-IV-Regelsätze im Herbst Energiekosten überproportional zu berücksichtigen.

sichtigen; sogar Subventionen für energieeffiziente Kühlschränke stehen zur Diskussion. Vermietern, die ihre Häuser nicht auf die gesetzlich geforderte Energieeffizienz umrüsten, soll erst ein Bußgeld drohen, dann Mietkürzungen.

Doch diese Vorschläge geraten schon parteiintern von zwei Seiten unter Beschuss: Der SPD-Wirtschaftspolitiker Rainer Wend warnt vor zu viel Feinststeuerung durch den Staat. Umweltschaftssekretär Michael Müller hält es für besser, statt neuer Subventionen den Mehrwertsteuersatz für alles zu senken, was Energieeffizienz verspricht. "Dann lohnt es sich für den Bürger doppelt, Energie zu sparen."

Selbst der Urheber der Energiesozialpolitik, Ulrich Kelber, fürchtet, dass die Debatte um Preissubventionen ausufernd und letztlich die Abhängigkeit des Landes von Erdöl und Erdgas zementieren könnte. Dann bliebe Energieverschwendung weiterhin folgenlos. "Wenn wir nicht aufpassen, wird es einen Herbst der Populisten geben", sagt er.

Das ist kaum noch zu vermeiden. Die Linkspartei kann die SPD wie gewohnt übertrumpfen und fordert, dass die Gaspreise für Geringverdiener halbiert werden. Auch eine "Vergesellschaftung" der Energieversorger wird gefordert.

Die CSU, die vor der Landtagswahl in Bayern steht, sieht in den Energiepreisen ein starkes Argument für die Pendlerpauschale und fordert, sie wieder vom ersten Kilometer an zu zahlen. Auch in der CDU finden sich Freunde für diese Idee. Im Wirtschaftsministerium von Michael Glos wird überlegt, die Einnahmen aus der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten an Unternehmen den Bürgern zukommen zu lassen, statt damit wie bisher geplant vor allem Maßnahmen für den Klimaschutz zu finanzieren. Angela Merkel ist skeptisch gegenüber all diesen Vorschlägen.

Es sind eben jene Entlastungen, deren Wirkung bald verpufft. Nur wenn Not ausbräche, müsse der Staat eingreifen, heißt es in ihrem Umfeld. Aber was ist Not? Gibt es die schon? Wo ist die rote Linie?

Nach Merkels Vorstellungen sollen die Bürger eher durch eine langfristige Politik entlastet werden. Die kann außen und innen ansetzen.

Als Energieaußenpolitiker versuchte sich vergangene Woche Umweltminister Gabriel. Staatssekretär Müller, der in seinem Tross war, brachte die Betonhaltung der Russen in Rage. Sie sind nicht bereit, die Kopplung des Gaspreises an den Ölpreis zu lösen. Diese Regelung sei eigens für die Deutschen eingeführt worden. Müller: "Es geht hier um die Existenz vieler Menschen bei uns, und die Russen freuen sich über die Wahnsinnspreise."

Freundlich, aber deutlich müsse man ihnen sagen, dass sie ihre Öl- und Gasfelder nur mit Hilfe westlicher Technologie erschließen könnten. "Ohne unser Knowhow können die ihre Exploration nicht ausweiten." Ein Tauschhandel sei nötig, festgeschrieben in einem Energieabkommen: "Technologie gegen kostengerechte Preise." Schließlich hätten die Russen nichts davon, wenn die europäische und die globale Wirtschaft ins Trudeln gerieten.

Auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier verfolgte vergangene Woche in China sein schon länger gehegtes Projekt der Energieaußenpolitik. In einem Gespräch mit Jungdiplomaten in Peking sagte er: "Eine nationale Strategie zur Preissenkung reicht nicht aus, um eine wirksame Dämpfung zu erreichen." Besonders die Förderländer müssten sich "in die Pflicht nehmen lassen". Konkret wurde er nicht.

Die Sozialdemokraten suchen auch deshalb so emsig nach einer Strategie für Entlastungen, weil sie Sorgen haben, die Kernkraft könne eine Renaissance in Deutschland erleben. Eine weitere Zahl aus der vergangenen Woche könnte diese Sorge bestärken. In einer Umfrage für den SPIEGEL hat TNS ermittelt, dass die Hälfte der Deutschen es für richtig hält, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke zu verlängern. 40 Prozent sind dagegen.

Diese Zahlen werden Angela Merkel in ihrer Absicht bestärken, den Ausstieg zurückzunehmen, sollte sie nach der nächsten Wahl mit der FDP koalieren

können. Es ist die verführerischste Vision der Entlastung, weil sie eine größere Unabhängigkeit von ausländischen Lieferungen verspricht, eine klimafreundliche Stromproduktion sowie stabile Preise für einen Teil der Energieversorgung.

Es bleiben aber die bekannten Risiken: Es fehlt noch immer ein Endlagerkonzept, und ein größerer Unfall würde reichen, der Atomkraft die Legitimation zu entziehen. Es gibt das ideale Konzept nicht. Bislang gibt es gar keins, und das ist auf jeden Fall zu wenig. Hier sind aber nicht nur die Politiker gefragt, sondern auch die Bürger. Denn jeder macht seine eigene Energie- und Klimapolitik. 70 Prozent der Deutschen behaupten, die gestiegenen Energiepreise hätten sie bewogen, Energie in nennenswertem Umfang einzusparen, hat TNS ermittelt.

Das muss sich erst durch harte Zahlen bestätigen, zumal eine Umfrage des Verkehrsministeriums ergeben hat, dass die Schmerzgrenze für Autofahrer erst bei einem Benzinpreis von 1,90 Euro liegt. Derzeit kostet der Liter 1,53 Euro.

Hier geht es um den Kern. Die Energie- und Klimaprobleme lassen sich nicht nur politisch lösen. Sie stellen Fragen an den westlichen Lebensstil, sie fordern Effizienz und Verzicht.

Es könnte in Zukunft nicht so sehr um Entlastungen gehen, sondern darum, mit weiteren Belastungen leben zu lernen. Doch vor keiner anderen Botschaft haben die Spitzenpolitiker mehr Angst als vor dieser. Sie wollen auf Teufel komm raus keine schlechten Nachrichten überbringen, obwohl das notwendig wäre.

Am Donnerstag vergangener Woche hatte die Bundeskanzlerin die Chance zur Aufrichtigkeit. Sie hielt eine "Grundsatzrede" zum Jubiläum "60 Jahre Soziale Marktwirtschaft". Es war eine ihrer besseren Reden, aber das große Problem dieser Tage und der Zukunft sprach sie nicht an.

DIRK KURBJUWEIT, WOLFGANG REUTER,

CHRISTIAN SCHWÄGERL